



Schulterschluss mit Bäuerinnen

Naturschutzbund und Landwirtinnen ziehen bei Grünzone an einem Strang.

DORNBRN Von Unternehmen ins Auge gefasste Erweiterungen der Betriebsflächen sorgen naturgemäß für Diskussionen. Auch in Vorarlberg. Bekannt gewordene Pläne der Firmen Liebherr, Hydro und Kessler bewegt's in Nenzing, die zur Vergrößerung ihrer Produktionsstätten mehrere Tausend Quadratmeter aus der Landesgrünzone benötigen würden, standen auch bei der jüngsten Sitzung des Umweltschutzrates auf der Tagesordnung.

Die vor mehr als vier Jahrzehnten aus der Taufe gehobene Landesgrünzone gilt als „vorausschauender, spezifisch vorarlbergerischer Meilenstein in der Raumplanungspolitik des Landes“. Ihre wichtigsten Funktionen und Aufgaben sind es, das Siedlungs- vom Nichtsiedlungsgebiet am Talboden zu definieren und für die Zukunft zu sichern.

Bereits im Vorfeld einer Meinung

Im Umweltschutzrat sitzen neben Vertretern von Industriellenver-

einigung sowie Naturschutzbund und Wirtschaftskammer auch jene der Landwirtschaftskammer. Bereits im Vorfeld der Sitzung war es zu einem bemerkenswerten Schulterschluss in Sachen Grünzone ge-



„Anlass für diesen Antrag sind mehrere Ausbaupläne in die **Grünzone** im Walgau.“

Hildegard Breiner
Obfrau Naturschutzbund

kommen. Bemerkenswert deshalb, weil der Naturschutzbund mit Obfrau Hildegard Breiner (82) und die Landwirtinnen mit Landesbäuerin Andrea Schwarzmann (53, VP) in dieser Frage an einem Strang zie-

hen. Sie brachten nämlich gemeinsam einen Antrag ein, der gegen das Votum von je einem Vertreter von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung im Umweltschutzrat auf große Zustimmung gestoßen war.

Bodenbonität und Ökologie

„In großer Sorge um einen hausälterischen Umgang mit Grund und Boden und im Bestreben, eine gute und nachhaltige Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion im eigenen Land zu erhalten“ wird die Landesregierung ersucht, „darzustellen, welche Projekte sich in einem Genehmigungs- oder Vorprüfungsverfahren befinden, für die Flächen aus der Landesgrünzone herausgenommen und umgewidmet werden sollen“, heißt es in dem Antrag. Darüber hinaus solle das Land erklären, welchen Gesamtumfang die geplanten Umwidmungen aufweisen und welche Bodenbonität die betroffenen Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung

aufweisen würden. Das Land solle dafür Sorge tragen, „dass die Landesgrünzone in ihrer Funktion und Wirkung erhalten bleibt und darüber hinaus die nachhaltige Versorgung der Vorarlberger Bevölkerung mit ökologisch produzierten heimischen Lebensmitteln forciert sowie für die Naherholung und die landschaftliche Ästhetik gestärkt wird“.

Für Breiner und Schwarzmann steht fest: „Leer stehende Gebäude und vorhandene, bereits gewidmete Bauflächenreserven behutsam zu mobilisieren und bestmöglich zu nutzen sowie mehrgeschoßig und auch in die Tiefe zu bauen, muss Vorrang haben. Mit dem wiederholten ‚Anknabbern‘ der Grünzone durch Ausnahmegenehmigungen und Ausweitungen von Wohn- und Betriebsgebieten in die grüne Lunge von Walgau und Rheintal wird deren Zweck unterlaufen.“

TONY WALSER
tony.walser@vn.at
05572 501-223